

**Rede von Jürgen Gansäuer, Präsident des Niedersächsischen Landtages, anlässlich der Gedenkveranstaltung des Landtages zum 50. Jahrestag des Volksaufstandes am 17. Juni 1953,  
Magdeburg, 17. Juni 2003**

Herr Landtagspräsident! Herr Ministerpräsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren!

Bevor ich zu dem Thema des heutigen Tages etwas sage, lassen Sie mich dies vorwegschicken: Die Nachricht vom Tod von Wolfgang Schaefer, des früheren Präsidenten dieses Landtages, hat meine Kolleginnen und Kollegen im Niedersächsischen Landtag tief bewegt. Herr Schaefer hat während seiner Amtszeit die Kontakte unserer beiden Länder in besonderer und unvergleichlicher Weise mit geprägt. Hinter seinem - so muss man es, glaube ich, formulieren - bescheidenen, sich immer ein wenig zurücknehmenden Wesen verbarg sich ein Höchstmaß an fachlicher Kompetenz und menschlicher Überzeugungskraft.

Einen nachhaltigen Eindruck bei allen Mitgliedern des Landtages in Hannover hat seine Rede gemacht, die er zum 10. Jahrestag des Mauerfalls im Jahr 1999 bei uns in Niedersachsen gehalten hat. Seine Worte von damals sind uns nach wie vor präsent und über sie wird auch auf den Wandelgängen des Landtages immer wieder gesprochen. Wolfgang Schaefer wird für die niedersächsischen Parlamentarier und für viele Menschen in Niedersachsen unvergessen bleiben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich sehr herzlich für die Einladung zu dieser Gedenkfeier. Ich darf Ihnen die besten Grüße aller Abgeordneten des Landtages in Hannover überbringen.

Im Jahr 2003 ist es für viele Menschen inzwischen etwas Normales, ja etwas Selbstverständliches geworden, dass der Landtagspräsident eines bundesdeutschen Nachbarlandes zu einem solchen Anlass eingeladen wird und das Wort ergreift. Sicher ist dies auch gut so.

Aber für mich - lassen Sie mich das offen formulieren - ist das Hiersein an einem solchen Tag eben keine Selbstverständlichkeit, sondern eine Ehre. Denn die Erinnerung an das, was war, und an das, was diesen Tag bis heute an Mahnung und Wegweisung für unser Volk insgesamt ausmacht, ist in mir wach wie in all den Jahren nach 1953. Deshalb ist es wichtig, dass wir diesen Tag nicht einfach, wie wir gemeinhin sagen, feierlich begehen und ihn als ritualisierte Reminiszenz an unsere eigene Geschichte immer wieder einmal in Erinnerung bringen, um kurze Zeit später wieder in gewohntes Klagen und Jammern zu verfallen.

Wir sind es, so meine ich, den Toten, den Hingerichteten, den Verurteilten und Gequälten von damals schuldig, dass dieser Tag mehr bleibt als eine rührselige nationale Erinnerung. Das Leiden der damals aktiv Beteiligten - das ist hier geschildert worden - erhält nämlich nur dann einen Sinn, wenn wir aus ihm die richtigen Lehren ziehen und diesen Vorgang endlich historisch angemessen einordnen und bewerten.

Ich finde, gerade Magdeburg ist für einen solchen Versuch der richtige Platz; denn diese Stadt erinnert uns daran, dass kein Volk der Welt nur aus seiner tagespolitischen Opportunität heraus existieren kann, sondern bewusst oder unbewusst auch immer aus seiner Geschichte

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

lebt, und zwar aus seinen positiven wie auch aus seinen negativen geschichtlichen Teilen.

Im Magdeburger Dom befindet sich bekanntermaßen das Grab Kaiser Ottos I. Kaiser Otto I. hatte durch eine päpstliche Entscheidung erreicht, dass das Magdeburger Moritzkloster in ein Erzbistum umgewandelt wurde, was die Bedeutung und die Entwicklung der Stadt in den folgenden Jahrhunderten ungeheuer beeinflusst hat. Als Kaiser Otto I. im Jahre 962 vom Papst gekrönt wurde, entstand das Deutsche Reich, das erst 1806 aufgelöst wurde. Infolge dieser Entscheidung fand im Jahr 1815 der Wiener Kongress statt, der Deutschland in einen Flickenteppich von 33 selbständigen Staaten verwandelte und gegen den sich die Deutschen in der Revolution von 1848 auflehnten.

Wie viel Leid wäre Deutschland und der Welt erspart geblieben – das darf man vielleicht an einem solchen Tag wie dem heutigen fragen -, wenn die Frankfurter Bundesversammlung, die im Übrigen die Farben Schwarz, Rot, Gold als Symbol für die Einheit der Deutschen Nation festlegte, Erfolg gehabt hätte?

Nun, meine Damen und Herren, von Konjunktiven lebt es sich zugegebenermaßen schlecht, vor allem in der Politik. Aber die Ideale der Revolution von 1848, die im Übrigen in Deutschland viel zu wenig Beachtung finden, waren die alten, ewig jungen Ziele der ersten europäischen, nämlich der Französischen Revolution: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Das waren die entscheidenden Inhalte der Französischen Revolution von 1789, der deutschen Revolution von 1848 und der in der DDR von 1953, wenn man sie zu Ende denkt.

Natürlich weiß ich, dass die Gründe, die zu diesen Entwicklungen geführt haben, unterschiedlich waren. Dennoch: Im Kern war die Zielsetzung identisch, nämlich die Schaffung eines an der Würde des Menschen orientierten Gemeinwesens. In Deutschland wurde dies jeweils verbunden mit der Sehnsucht nach der Einheit der Nation.

Der dänische Philosoph Sören Kierkegaard hat einmal gesagt, das Leben wird vorwärts gelebt und rückwärts verstanden. Für den 17. Juni gilt das in besonderer Weise. Aber gerade deshalb sollte dieser Tag heute nicht als postumer Beweis für die schon immer als richtig erkannte eigene politische Überzeugung missbraucht werden,

ebenso wie ich darum bitte, die 20 Hingerichteten und insgesamt 125 Toten sowie viele Tausend verhafteten Personen nicht als Konterrevolutionäre zu diskreditieren, die ihr Schicksal selbst verschuldet haben.

50 Jahre nach diesem Aufstand wissen wir heute nämlich sehr genau, aus welchen Gründen die Menschen damals auf die Straße gingen, wie die Streiks und die lokalen Aufstände abliefen, wie sie zerschlagen wurden, wer die Opfer waren, wer verhaftet und wer hingerichtet wurde. Im Großen und Ganzen - das ist auch schon betont worden - bestätigen die Historiker heute die bisherigen Grundeinschätzungen der zeitgeschichtlichen Forschung. Zuvor nicht zugängliche Akten aus dem Zentralen Parteiarchiv der SED, dem Militärarchiv der DDR, dem Archiv des Ministeriums für Staatssicherheit und dem Ministerium des Innern präzisieren und vertiefen das inzwischen klare Bild.

Jahrzehntelang hatte man DDR-amtliche Fälschungen lanciert, die das Wissen um den 17. Juni vernebeln und tabuisieren sollten. Inzwischen liegen verlässliche Zahlen auf dem Tisch. Die sowjetische Besatzungsmacht hatte in mindestens 167 von 217 Stadt- und Landkreisen der DDR den Ausnahmezustand verhängt, der in Zentren des Aufstandes wie hier in Magdeburg erst Wochen später aufgehoben wurde. Nach jüngsten Recherchen kam es in über 700 Städten und Ortschaften zum Aufstand gegen die Staatspartei und die sowjetische Besatzungsmacht.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Einblick in das damalige Geschehen liefert eine Reihe von Quellen. Auf ein Magdeburger Schicksal, meine Damen und Herren, das zugleich den Mut der Aufständischen und die Willkür und massive Beschneidung der Menschenrechte durch das damalige SED-Regime und die sowjetische Besatzungsmacht aufzeigt, möchte ich kurz eingehen.

Als einer von vielen schloss sich hier in Magdeburg Herbert Stauch - der Name ist von Ihnen genannt worden - den Demonstrationen am 17. Juni 1953 an. Am 17. Juni ist er an einer Protestkundgebung vor dem Polizeipräsidium beteiligt. Als Sprecher einer vierköpfigen Delegation setzt er sich für die Freilassung politischer Gefangener ein. Er wird festgenommen und noch in der Nacht der sowjetischen Besatzungsmacht überstellt. Am nächsten Tag wird ihm um 13.05 Uhr in nichtöffentlicher Verhandlung der Prozess gemacht. Der Prozess ist durch und durch von der Missachtung der persönlichen Würde des Angeklagten geprägt. Ein Verteidiger ist nicht anwesend.

Um 13.45 Uhr, 40 Minuten nach dem Beginn der Verhandlung, zieht sich das Gericht, bestehend aus einem Oberstleutnant als Vorsitzendem und zwei Majoren als Beisitzern, zur Beratung zurück. Keine 15 Minuten dauert es, bis das Urteil verkündet wird. Herbert Stauch wird für die Wahrnehmung seiner Freiheitsrechte zum Tode verurteilt. Das Urteil wird unmittelbar danach vollstreckt. Im Gefängnis Magdeburg-Sudenburg wird er durch Pistolenschüsse in das Genick exekutiert.

In einem Kommentar in der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ von heute steht der Satz - ich zitiere -: „Vielleicht gewinnen wir Deutschen jetzt endlich Respekt und Achtung vor denen, die man beispielsweise in Ungarn völlig undramatisch ‚Volkshelden‘ nennen würde.“

Meine Damen und Herren! Die Wahrheit, die wir heute kennen, ist, dass die Opfer des 17. Juni nicht nur gegen die Erhöhung von Arbeitsnormen antraten, ihnen ging es ganz fundamental um Freiheit, freie Wahlen und um die Einheit Deutschlands. Wenn wir heute der Opfer des 17. Juni gedenken, so ist die Dankbarkeit und das mutige Eintreten für Recht und Demokratie ein Gebot der Geschichte. Aber - das füge ich an - es ist auch eine Notwendigkeit des über alle Parteigrenzen hinweg doch möglich sein müssenden menschlichen Anstandes.

Angesichts der vielen Opfer und der inzwischen historisch klaren Quellenlage ist es eine erschütternde Tragödie deutsch-deutscher Geschichte, wenn man die Umdeutungen und Manipulationen der DDRPropaganda mit dem vergleicht, was heute in den Archiven klar und eindeutig nachzuvollziehen ist. Bewusst wurde ein Volk belogen, bewusst wurde die Geschichte verfälscht, bewusst wurden Legenden gebildet. Jahrzehntlang lautete die Sprachregelung in der DDR, der 17. Juni sei ein von außen gesteuerter faschistischer Putsch gewesen.

Meine Damen und Herren! Hätte es schon damals demokratische freie Wahlen gegeben, die SED-Führung wäre in Bausch und Bogen entmachtet worden. Nur die sowjetischen Panzer haben dies verhindert.

Meine Damen und Herren! Der Historiker und langjährige Mitarbeiter der Gauck-Behörde Hubertus Knabe schreibt dazu in seinem Buch: „Es bleibt erstaunlich, wie sehr gerade jene,“ - damit meinte er jene in der Bundesrepublik Deutschland – „die dem Geist der kritischen Aufklärung huldigten, diesen gegenüber der SED-Diktatur missachteten. Die SED-Regierung wusste seit dem 17. Juni 1953, dass sie gegen das Volk regierte.“

Ich füge an diesem Nachmittag an: Und so mancher im Westen, der mit seinen guten Kontakten zur SED öffentlich kokettiert hat, hätte es eigentlich auch wissen müssen.

Meine Damen und Herren! Vor einigen Tagen erklärte Wolf Biermann, der freiwillig und

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

zunächst voller Illusionen und Hoffnungen den Westen verlassen hatte, um in der DDR zu leben - ich erinnere daran -, wörtlich - ich zitiere -: „So genannte einfache Leute, die nicht geschützt waren durch Berühmtheit, die haben sie zertreten, die haben sie ausgelöscht. Sie haben die Liebenden auseinander gerissen, was eine Todsünde ist - immer. Sie haben die Kinder weggerissen von ihren Eltern. Sie haben die Menschen getötet und gefoltert. Sie haben Leute eingeschüchtert und kleinmütig gemacht. Sie haben ein ganzes Volk systematisch verstümmelt. Die DDR war ein Regime, das ganz elementare Menschenrechte immer und immer wieder verletzte.“

Der Volksaufstand bedeutete im Kern bereits damals das innere Ende der DDR. Lediglich sowjetische Panzer verhinderten seinen Vollzug.

Meine Damen und Herren! Der 17. Juni 1953 war eine deutsche Revolution. Aber ihre Bedeutung und die Wirkungen gingen weit über Deutschland hinaus. Sie war nämlich der Beginn einer Entwicklung, an deren Ende der 9. November 1989 steht. Die Erosion des Ostblocks, der Gorbatschow den Namen „Perestroika“ gab, hatte ihren eigentlichen Ausgangspunkt in dem Aufstand der Bauarbeiter in Berlin. Ihm folgten die schon erwähnten Erhebungen in Ungarn 1956, der „Prager Frühling“ 1968 und die „Solidarnosc“-Bewegung 1980.

Dankbar erinnern wir uns an - ich muss diesen Namen auch heute nennen - Michail Gorbatschow, der 1989 die Panzer eben nicht rollen ließ und damit dem Willen der Deutschen nach Einheit, Freiheit und Demokratie auf friedliche und unblutige Weise Rechnung trug.

Der 17. Juni 1953 und der 9. November 1989 müssen deshalb nach meiner Überzeugung im Zusammenhang gesehen werden. Beide Ereignisse bilden eine Einheit, deren historische Wirkung nur mit den ganz großen geschichtlichen Umwälzungen in Europa, etwa der Französischen Revolution oder dem Westfälischen Frieden, verglichen werden kann. Deshalb muss unser Dank und unser Respekt vor allem jenen gelten, die 1953 unter Einsatz ihres Lebens bereit waren, auf den Straßen und Plätzen in den Städten und Dörfern öffentlich für ihre Ideale einzustehen.

Genauso stolz wie die Polen heute zu Recht auf die „Solidarnosc“- Bewegung und die Tschechen auf den „Prager Frühling“ sind, müssen wir Deutschen es auf die Frauen und Männer des 17. Juni sein.

Aber, meine Damen und Herren, zur Wahrhaftigkeit an einem solchen Tag wie heute gehört auch, dass nicht verschwiegen werden darf, dass es nicht ganz unmaßgebliche Kreise in der alten Bundesrepublik gab, die vor 1989 mitnichten bereit waren, diesen Tag zu würdigen. Im Gegenteil: Diejenigen, die es noch taten, wurden von ihnen auch noch als die „Ewiggestrigen“ und „Rückwärtsgewandten“ diskreditiert, wovon ich ein Lied singen kann.

Helmut Schmidt mahnt in seinem Buch „Handeln für Deutschland“ mit dem Blick auf die fünf neuen Bundesländer völlig zu Recht Solidarität an. Aber, meine Damen und Herren, nach aller menschlichen Erfahrung erwachsen Hilfsbereitschaft und Solidarität eben nicht aus einer Flut mehr oder weniger gut formulierter politischer Appelle. Solidarität erwächst nur aus praktizierter Humanität und dem Erkennen der Größe des Geschehens.

Genau daran hapert es bis heute, wie ich meine, in Deutschland. Wir reden seit dem Jahr 1989 zum Beispiel im Zusammenhang mit der deutschen Einheit fast ständig nur über Geld. Damit wir uns recht verstehen: Natürlich müssen wir in diesem Kontext auch über Geld reden; aber wir dürfen nicht so tun, als wäre die deutsche Einheit nur ein Geldproblem.

Wer die Einheit Deutschlands wirklich will, muss auch über die Lebenserfahrung der

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

großartigen Menschen reden, die über vier Jahrzehnte Unfreiheit, Reglementierung und Indoktrination ertragen mussten, während die anderen - Ihr Ministerpräsident hat ja Recht - im so genannten Westen Freiheit, soziale Sicherheit und einen exzessiven Wohlstand genießen konnten.

Wer die Einheit wirklich will, der muss auch wieder intensiver über unsere gemeinsame Geschichte und Kultur reden; denn nur so können wir die geistigen Mauern in den Köpfen der Menschen einreißen. Mit Geld allein ist dies nicht zu machen, auch wenn es noch so wichtig ist.

Lassen Sie mich abschließend dies sagen: Mir sind diese Zusammenhänge vor einigen Monaten bei einem langen Spaziergang in Weimar besonders deutlich geworden, der Stadt, die im 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts das Zentrum der deutschen Klassik war. Johann Sebastian Bach hat hier als Organist gewirkt und Goethe hat hier seine bedeutendsten Werke wie zum Beispiel den „Faust“ geschrieben. Hierhin hat Goethe 1776 den Philosophen und Theologen Johann Gottfried Herder geholt, der bekanntermaßen in der Weimarer Stadtkirche gepredigt hat. Hier, in Weimar, lernte er Schiller kennen und schätzen. Mit ihm ist Goethe in der Weimarer Fürstengruft beigesetzt.

Ähnlich wie in Weimar - lassen Sie mich dies anfügen, und ich bitte Sie, mir als Protestant diese Erwähnung nachzusehen - erging es mir bei meinem Besuch in Wittenberg. An die Tür der dortigen Schlosskirche, in der Luther häufig gepredigt hat, schlug er 1517 seine Thesen, die schon bald das ganze christliche Abendland erschüttern sollten. Hier in der Lutherstadt liegt er neben Melanchthon, seinem langjährigen Weggefährten, begraben. Seine auf der Wartburg begonnene Übersetzung des Neuen Testaments ist nicht nur eine religiöse, sondern auch eine kulturelle und humanistische Großtat gewesen.

Meine Damen und Herren! Ich erwähne dies vor allem deshalb, weil noch so viel Geld das Gedenken an den 17. Juni 1953 auf Dauer eben nicht wach halten wird. Wenn uns Deutsche mehr verbinden soll als ein gemeinsamer Personalausweis, müssen wir uns stärker als bisher bewusst werden, welch großer kultureller und menschlicher Reichtum uns durch die Wiedervereinigung zugewachsen ist, deren Ausgangspunkt der 17. Juni 1953 war. Nur so wird dieser Tag im Übrigen seinen Sinn und seine Beständigkeit über die Zeiten hinweg behalten.

Gerade die Geschichte der europäischen Völker zeigt, dass eine Nation ihren seelischen Zusammenhalt erst dann wirklich entwickeln kann, wenn die Menschen, die diese Nation ausmachen, in der Lage sind, ihre gemeinsamen kulturellen und sozialen Bindungen zu erkennen und zu definieren. Erst dadurch ist es möglich, dass eine Nation, ungeachtet aller parteipolitischen und gesellschaftlichen Unterschiede, ihre innere Stabilität erlangt. Polen beispielsweise wäre schon lange von der Landkarte Europas verschwunden, wenn es dort nicht eben diesen Zusammenhalt gegeben hätte.

Die Geschichte unseres Vaterlandes hat ein Janusgesicht - das ist wahr. Es ist wichtig, beide Gesichter genau anzuschauen, um für die Gegenwart und die Zukunft gewappnet zu sein. Nach aller Schuld, die das deutsche Volk in zwei Weltkriegen und in Auschwitz auf sich geladen hat, gibt es vieles, an das wir uns voller Scham erinnern müssen. Es gibt aber auch im besten Sinne Sternstunden der deutschen Geschichte. Wo Menschen sich für Gerechtigkeit und Demokratie einsetzen, da haben wir es mit dem Besten zu tun, was die deutsche Geschichte zu bieten hat. Der 17. Juni 1953, meine Damen und Herren, gehört unauslöschlich dazu. - Ich danke Ihnen.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

*[Quelle: Gedenkveranstaltung des Landtages zum 50. Jahrestag des Volksaufstandes am 17. Juni 1953. Parlamentarische Schriftenreihe Heft 23, hrsg. vom Präsidenten des Landtages von Sachsen-Anhalt, Magdeburg 2003, S. 27-35.]*

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---